

Rudolf Henke

- (A) welchem Druck sie bei uns im Rheinland zurzeit stehen. Wir versuchen, freiwillige Hilfe zu organisieren, mit der wir die Kollegen in dem Kreis Heinsberg – in Gangelst, in Erkelenz – unterstützen können. Ich tue das, weil ich weiß, wie schwierig es ist, die Abläufe genau zu verstehen.

Jeder kann sich selbst fragen: Habe ich grippeähnliche Symptome, Fieber, Husten, Atemnot? War ich in den letzten 14 Tagen in einem Risikogebiet? Man kann beim RKI nachsehen, welche Risikogebiete es gibt. Oder hatte ich innerhalb der letzten 14 Tage Kontakt zu einem Coronaviruserkrankten? In diesen Fällen, wenn man das alles mit Ja beantwortet, dann ist eine Abklärung nötig.

Dabei gilt: Erstens telefonischer Kontakt zum Hausarzt oder zu der 116117 – aber eben telefonischer Kontakt und nicht hinrennen und die Wege und die Notfallambulanzen verstopfen. Zweitens Händehygiene einhalten, was gründliches Waschen der Hände mit Wasser und Seife über 20 Sekunden lang beinhaltet. Niesen und husten in die Armbeuge oder in Einwegtaschentücher; diese möglichst in einen Mülleimer mit Deckel entsorgen. Nach Möglichkeit 1 bis 2 Meter Abstand zu hustenden oder niesenden Personen halten. Damit habe ich wesentlichen Schutz hergestellt.

Und: Nicht ins Gesicht packen! Die Eintrittspforte per se für diese Viruserkrankungen sind die Augen. Deswegen nützt es auch nichts, mit Masken durch die Gegend zu laufen; denn die Augen sind die Eintrittspforte. Das Schlimmste, was man machen kann, ist, sich mit Fingern, mit denen man überall hingetatscht hat, anschließend ins Gesicht oder die Augen zu packen und Tränen wegzuwischen. Das muss man auch seinen Kindern beibringen. Deswegen, glaube ich, hat der Einzelne viele Möglichkeiten, die Verbreitung einzudämmen.

- (B) Die letzte Bemerkung – ich komme gar nicht zu vier Bemerkungen, weil die Zeit dann schon um ist –, die ich machen möchte: Ja, es wird so sein, dass wir eine steigende Anzahl Infizierter haben werden. Aber dafür haben wir eine Strategie, und diese Strategie besteht erstens aus dem möglichst starken Eindämmen der Ausbreitung, zweitens in der Protektion von denen, die besonders vulnerabel sind, und drittens in der Abmilderung der Folgewirkungen. Das nennt das RKI etwas englisch formuliert –

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Henke.

Rudolf Henke (CDU/CSU):

– ja, ich komme zum Ende – „Containment, Protection, Mitigation“.

Deswegen, Frau Weidel, ist die Aussage, dass die Regierung oder das RKI keine Strategie hätten, falsch und führt zu einer bloßen Verunsicherung der Bevölkerung. Bitte lassen Sie das in Zukunft bleiben.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

(C)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Befragung der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat mitgeteilt, dass heute die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Frau Julia Klöckner, zur Verfügung steht.

Ich gebe noch die Gelegenheit, die notwendigen Umgruppierungen in den Fraktionen vorzunehmen.

Frau Bundesministerin, Sie haben das Wort für Ihre einleitenden Ausführungen.

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Guten Tag, sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages! Frau Präsidentin! Liebe Zuschauer! Ich möchte heute ein Thema wählen, das viele vielleicht nicht mit der Landwirtschaft verbinden, das die Landwirtschaft aber sehr prägen wird und gerade auch Zielkonflikte lösen kann.

Erst heute hat wieder der Digitalrat der Bundesregierung getagt. Landwirtschaft und Ernährung sind dort fester Bestandteil, weil unsere Branche, die Landwirtschafts- und Ernährungsbranche, mehr ist als lediglich ein romantisches Bild. Unsere Landwirtschaft ist digital. Sensoren unterscheiden Nutzpflanzen von Unkraut mithilfe von Infrarottechnologie anhand der Blattfarbe. Intelligente Landmaschinen arbeiten mit hochauflösenden Kameras; sie erkennen so den Bedarf der Pflanzen an Dünger oder Pflanzenschutzmitteln. Sensoren begleiten Tiere durch den Stall; wir können das Tierwohl messen, Ställe der Zukunft besser planen und die Gesundheit der Tiere überprüfen. Landwirte und Tierhalter können sehr frühzeitig Krankheiten ihrer Tiere erkennen.

Unsere Landwirtschaft wird dadurch besser. Sie schont Ressourcen, sie ist effizient, und Ökologie und Ökonomie kommen gut zusammen. Digitalisierung hilft auch unseren Landwirtschaftsfamilien, einen attraktiveren Arbeitsplatz zu haben, gerade wenn die Erledigung mühevoller Kleinarbeit durch digitale Helfer unterstützt werden kann. Hightech ist nichts Negatives, sondern Zukunft, und die Landwirtschaft ist Innovationstreiber.

Ich will aber sagen: Digitalisierung ist kein Selbstzweck; sie ist ein Instrument, um Ziele zu erreichen, damit unsere Bauernfamilien effizient und nachhaltig arbeiten können und damit wir Zielkonflikte in der Landwirtschaft lösen können; denn es geht nicht um alles oder nichts, Schwarz oder Weiß, beispielsweise bei der Reduktion von Pflanzenschutzmitteln. Wir werden immer Pflanzenschutzmittel brauchen, um Ernten zu sichern. Aber wir können ihre Anwendung reduzieren, sie passgenau applizieren und Düngung in einem einzigen Arbeitsgang ausbringen. Das heißt, mit der Reduktion können wir auch eine Effizienzsteigerung erzielen.

(D)

Bundesministerin Julia Klöckner

- (A) Deshalb investiert die Bundesregierung, investiert mein Haus über 170 Millionen Euro in die Digitalisierung in der Landwirtschaft. Wir als BMEL warten nicht ab, wir sind Treiber. Und wir haben Leuchtturmprojekte: 14 digitale Experimentierfelder. Das hat es so noch nie gegeben. Bei diesen digitalen Experimentierfeldern, mit 50 Millionen Euro ausgestattet, testen wir die optimale Anwendung digitaler Techniken – von der Ackerfurche in die Cloud, auf den Teller des Verbrauchers oder, in den ländlichen Regionen, auch ins Dorfgemeinschaftshaus –, Blockchain-Technologie und vieles andere auch.

Ich will zum Abschluss kommen. Uns hilft die Digitalisierung in der Landwirtschaft beim Ackerbau, um, wie gesagt, passgenau Düngung oder Pflanzenschutzmittel auszubringen, und beim Bodenschutz, indem die Mengen reduziert werden. Sie hilft uns, differenzierte Prognosen entsprechend dem Lokalklima vorzunehmen, aber auch beim Thema „Tierwohl und Tierhaltung“. Wir haben ein Experimentierfeld, das DigiMilch heißt. Dort werden GPS-Sensoren im Halsband von Rindern mit dem Futtermittelautomaten und der Melkanlage vernetzt. Es geht um Bewegungsprofile und vieles andere. Vielleicht gibt es dazu gleich einige Nachfragen.

Ich will zum Schluss sagen: Wir werden alles bündeln in einem Kompetenznetzwerk aus diesen 14 digitalen, hochinnovativen Experimentierfeldern, um dann Antworten zu geben und Anwendungen aufzuzeigen für das Leben in den ländlichen Räumen. Wir nehmen dazu Geld in die Hand. Aber wir prüfen auch: Wer hat Zugriff auf die Daten? Wem gehören die Daten?

- (B) Wir gehen jetzt eine staatliche digitale Plattform an. Das alles hat es so noch nicht gegeben. Aber das zeigt: Landwirtschaft ist hochmodern. Landwirtschaft hat Zukunft, und Landwirtschaft in Deutschland bietet die hochqualitativsten und besten Lebensmittel, die auch noch nachhaltig erzeugt wurden.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Vielen Dank, Frau Bundesministerin.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Regierungsbefragung zu den einleitenden Ausführungen der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft und zum Geschäftsbereich. Das Wort zur ersten Frage hat der Abgeordnete Stephan Protschka.

Stephan Protschka (AfD):

Danke, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, der Europäische Gerichtshof hat ja mit seinem Urteil vom Juni 2018 festgestellt, dass Deutschland gegen seine Verpflichtungen der EU-Nitratrichtlinie verstoßen hat, indem keine zusätzlichen Maßnahmen im deutschen Aktionsprogramm – sprich: Düngeverordnung – getroffen wurden. Der Gerichtshof hat in seinem Urteil aber explizit die 2017 novellierte Düngeverordnung nicht berücksichtigt.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Wir sind doch bei der Digitalisierung!)

Sind Sie mit mir der Meinung, dass mit der Novelle 2017 alle in der EU-Nitratrichtlinie aufgelisteten Regeln der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft sowie die

- in die nationalen Aktionsprogramme aufzunehmenden Maßnahmen umgesetzt wurden? – Danke. (C)

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich nehme zur Kenntnis: Fragen zur Digitalisierung und Zukunft haben Sie nicht. – Deshalb gehe ich gerne auf Ihre Frage zu 2017 ein.

Ich verlange nicht von Ihnen als Oppositionsmitglied, dass Sie auf der Höhe der Zeit der Informationen sind und alles mitbekommen, was aktuell eine Rolle spielt. Wir hatten den Ausschuss bereits informiert; aber es kann auch sein, dass Sie nicht dabei waren. In dieser Ausschussunterrichtung haben wir deutlich und sehr transparent gemacht, was unsere Gespräche mit der EU-Kommission ergeben haben. Wir als Deutschland sind verklagt worden und sind in allen Punkten beim EuGH unterlegen; das wissen Sie. Wir sind dann in Gespräche mit der EU-Kommission eingetreten über die Düngeverordnung, die novelliert worden ist, die 2017 in Kraft getreten ist und die ja eine Verschärfung für unsere Landwirte gewesen ist – in Klammern: ich hätte mir gewünscht, sie hätte erst wirken können, weil sie eine Wirkungszeit braucht. Die EU-Kommission hat klar gesagt, dass trotz dieser Neuregelung nicht alle Punkte abgeräumt sind, die uns das Gerichtsurteil zur Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie auferlegt hat. Als Bundesregierung, die ihre Arbeit ernst nimmt, nehmen wir auch diese Aussagen ernst und haben deshalb sehr intensiv an einer Novellierung gearbeitet. (D)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Haben Sie eine Nachfrage? – Bitte.

Stephan Protschka (AfD):

Danke. – Ich darf ja auch Fragen zum Ressort stellen.

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Ja, darüber freue ich mich sehr.

Stephan Protschka (AfD):

Ich hoffe, Sie sind nicht überfordert damit, wenn man zum Ressort Fragen stellt.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stellen Sie mal eine Frage, die zur Antwort passt!)

Die in der EU-Nitratrichtlinie aufgeführten Maßnahmen enthalten aber keine expliziten Vorgaben über die Ausgestaltung. Es kommt nur darauf an, dass die Gewässerverunreinigung durch Nitrat verringert wird. Von 2008 bis 2014 haben sich die Nitratgehalte im Grundwasser zumindest nicht verschlechtert – zwar nicht besser, das gebe ich zu, aber nicht schlechter. Für die Zeit nach der Düngeverordnung 2017 gibt es noch keine neuen Messwerte. Finden Sie nicht auch, dass es vernünftiger wäre, bevor man etwas weiter verschärft, zumindest die Nitratwerte von 2014 bis 2019 abzuwarten, um zu beurteilen, ob die Düngeverordnung 2017 nicht doch

Stephan Protschka

- (A) schon irgendetwas gebracht hat? Da würde dann vielleicht auch die Digitalisierung helfen. – Danke.

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Danke für Ihre Frage. – Die EU-Nitratrichtlinie – das wissen Sie – steht seit 1991 im Raum; das heißt, sie hat uns nicht überfallen – um es kurz zu sagen. Deutschland hat mit der Umsetzung sehr lange gewartet. Sie kennen die ganze vorausgehende Debatte. Und Sie wissen, dass wir nicht am Anfang eines Konsultationsprozesses sind, der offen ist, sondern am Ende eines juristischen Prozesses. – Sie stellen das infrage. Gut. Es gibt verschiedene Mehrheitsmeinungen. Ihre Haltung ist sehr exklusiv.

Man muss zwischen der Eröffnung eines Zweitverfahrens und einer Klageerhebung – die EU-Kommission steht kurz davor; das muss ich klar sagen – unterscheiden. Wir sind am Ende eines juristischen Verfahrens; das wissen Sie. Es gab ein Messnetz. Bis 2011 wurde das sogenannte Belastungsmessnetz genutzt, und für die Meldung danach wurde das sogenannte repräsentative Messnetz genutzt. In der Zwischenzeit sind viermal so viele Messstellen genutzt worden. Nichtsdestotrotz, die EU-Kommission interessiert eines: ob wir die Daten bei der Konzentration des Nitrats im Grundwasser einhalten oder nicht und ob sie die Maßnahmen, die wir zur Reduzierung von Nitrat vorschlagen, für geeignet hält. Das ist der Konsultationsprozess. Ich kann nicht dazu raten, gegen die EU-Kommission zu agieren bzw. zu sagen: Uns interessiert nicht, was uns die EU-Kommission ins Hausaufgabenbuch geschrieben hat.

(B)

(Karsten Hilse [AfD]: Machen aber alle anderen auch!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für den Fortgang der Befragung bitte ich, auf das optische Signal zu achten. Sobald die Lampe rot aufleuchtet, ist sowohl die Fragezeit als auch die Antwortzeit definitiv vorbei. – Die nächste Frage stellt die Abgeordnete Baradari.

Nezahat Baradari (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Frau Bundesministerin, die Evaluierung des Antibiotikaminimierungskonzeptes vom Juni 2019 zeigte, dass nach wie vor sehr viele Antibiotika, insbesondere Reserveantibiotika in der Geflügel- und Kälbermast eingesetzt werden. Trotz der von Ihnen geforderten verbindlichen Reduktionsstrategie und der damit verbundenen von Ihnen angeordneten gesetzgeberischen Schritte ist es aber so, dass das Papier des Zentralverbands der Deutschen Geflügelwirtschaft kaum auf Verbesserungen hoffen lässt. Wie den Medien zu entnehmen war, sieht der aktuelle Referentenentwurf zur Novelle des Arzneimittelgesetzes dennoch keine schärfere Regulierung für die Geflügelmast vor. Der Fokus soll auf Anpassung einzelner technisch administrativer Regelungen beruhen. Treffen die Medienberichte und die Stellungnahme Ihres Hauses diesbezüglich zu, und, wenn ja, warum sind keine strengeren gesetzgeberischen Maßnahmen geplant?

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft: (C)

Danke schön für Ihre Frage. – Ich glaube, wir sollten hier differenziert vorgehen. Unsere Antibiotikaminimierungsstrategie in Deutschland ist, wenn wir sie in der Gesamtschau sehen, sehr erfolgreich. Wir haben bei den Schweinen, bei den Rindern eine Reduktion des Antibiotikaeinsatzes.

(Beifall der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU])

Was mir sehr große Sorge macht, ist der nach wie vor hohe Einsatz von Reserveantibiotika – rund 40 Prozent – beim Geflügel. Das können wir so nicht akzeptieren. Deshalb haben wir gemeinsam mit dem Bundesgesundheitsministerium die Geflügelbranche mehrfach eingeladen, und wir werden hier zu strengeren Regelungen kommen. Wichtig ist – das müssen wir deutlich machen –: In Deutschland sind wir sehr streng. Es gibt Länder, die nutzen Antibiotika zum Wachstum oder zur Prophylaxe. Das ist bei uns glücklicherweise nicht erlaubt; erlaubt ist nur ein kurativer Einsatz.

Jetzt geht es darum, wie wir es schaffen, im Bereich der Geflügelhaltung von dem Einsatz von Reserveantibiotika wegzukommen; denn es ist immer eine Frage des Tierschutzes, dass wir ein Tier, wenn es krank ist, auch behandeln können. Hierzu sind wir in Gesprächen; sie sind noch nicht abgeschlossen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Haben Sie dazu eine Nachfrage? – Bitte. (D)

Nezahat Baradari (SPD):

Bis 2022 sind diesbezüglich neue europäische Regelungen zu erwarten. Von manchen Ärztekammern wie auch der Ärztekammer Westfalen-Lippe wird sogar gefordert, bessere Stallbedingungen für Tiere einzuführen und gänzlich auf die unkritische Abgabe von Antibiotika zu verzichten. Daher meine Frage: Planen Sie bis 2022 Maßnahmen, um die Abgabemengen von Reserveantibiotika oder Antibiotika insgesamt in der Geflügelmast zu reduzieren?

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Die Abgabe sagt noch nichts über die Anwendung. Die Frage ist: Werden Antibiotika angewandt – das muss dokumentiert werden –, welche Antibiotika werden angewandt und warum? Aus Tierschutzgründen wird ein verantwortungsvoller Tierarzt Antibiotika auch verschreiben, damit ein Tier nicht unnötig leidet.

Jetzt gehen wir an die Ursachen heran. Noch mal: Wir haben im Bereich der Schweinehaltung wirklich tolle Erfolge zusammen mit den Tierhaltern erreicht, sodass andere Länder sich anschauen, wie wir das mit der Branche hinbekommen haben.

Im Bereich der Geflügelzucht geht es jetzt darum, zu schauen, welche Alternativen wir anbieten können. Und da bin ich bei Ihnen. Die EU wird darüber mitentscheiden, ob zum Beispiel gewisse Reserveantibiotika, die für

Bundesministerin Julia Klöckner

- (A) den Humanbereich vorgehalten werden sollen, im Tierbereich nicht mehr genutzt werden dürfen.

Die zweite Frage ist, ob es Alternativen gibt. Es gibt Länder, die mit Alternativen arbeiten – Stichwort: Resistenzvermeidung im Vorhinein. Das alles prüfen wir gemeinsam mit dem Bundesgesundheitsministerium, und ich bin guter Dinge, dass wir gute Antworten finden werden.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Frage stellt der Abgeordnete Frank Sitta.

Frank Sitta (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Vielen Dank, Frau Ministerin, für Ihre einführenden Worte zum Thema „Digitalisierung der Landwirtschaft“. Wir teilen da durchaus Ihren Fortschrittsoptimismus und unterstützen Sie bei diesem wichtigen Thema, so gut es geht.

Nichtsdestotrotz möchte ich Sie etwas anderes fragen. In der Diskussion um Nitrat und das im Raum stehende EU-Vertragsverletzungsverfahren muss sich der Bundesrat Anfang April mit dem Entwurf der Düngeverordnung beschäftigen, damit die Frist, die Brüssel uns setzt, eingehalten werden kann. Dieser Entwurf sollte in der vorletzten Woche im Kabinett behandelt werden, um dann fristgerecht an die Bundesländer zu gehen. Doch es kam anders, weil das CSU-geführte Innenministerium der Meinung war, dass es auch ohne Kabinett geht. Ich frage Sie daher: Ist die Entscheidung, die Düngeverordnung nicht durch das Kabinett beschließen zu lassen – was ja schon eine Art Misstrauensvotum gegen Ihre Politik ist –, aufgrund der Richtlinienkompetenz der Bundeskanzlerin so getroffen worden, oder war das ein Minister- bzw. Ministerinnenentscheid?

Und da ich noch eine Sekunde habe,

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Ist schon rot!)

stelle ich noch eine atmosphärische Frage: Wie beurteilen Sie denn die Aussage von CSU-Chef Söder zu seinem Wunsch nach einem CSU-Landwirtschaftsminister, um – ich zitiere – „die Dinge wieder direkt anzugehen, anstatt das über drei Ebenen machen zu müssen“? – Vielen Dank.

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Ich bedanke mich für Ihre Frage. – Mit einem FDP-Minister kriegt man das schon mal nicht hin.

Ich will vorab eines sagen: Ich freue mich sehr über Ihr Interesse an der Atmosphäre bei uns in der CDU/CSU. Ich kann Ihnen sagen: Wir sind nicht diejenigen – ich denke da an einige Facebook-Posts der FDP –, die auf schnellen Applaus aus sind. Bei der Opposition ist das verständlich. Uns ist es wichtig, dass wir Lösungen erarbeiten. Wir wollen mit diesen Lösungen vorankommen und die Landwirte begleiten.

Insofern kann ich Ihnen sagen, dass das ein gemeinsamer Beschluss gewesen ist. Im Übrigen: Verordnungen

gehen nicht regelmäßig durch das Kabinett. Es ist eine *Möglichkeit*, dass sie durch das Kabinett gehen; das wissen Sie. Wir haben so entschieden, damit wir den 3. April – an diesem Tag tagt der Bundesrat – noch einhalten können. Sie wissen auch – ich glaube, da sind Sie gut informiert –, dass das von der EU-Kommission gefordert ist; damit sollte man nicht spielen. Es ist eine gemeinsame Überlegung gewesen, dass wir den Ländern diesen Entwurf sehr frühzeitig zukommen lassen. Das haben wir getan.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben noch eine Nachfrage? – Bitte.

Frank Sitta (FDP):

Die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien schreibt vor, dass eine Kabinettsbefassung erforderlich ist, wenn bei einem Thema ein allgemeines politisches Interesse vorliegt. Sind Sie jetzt der Auffassung – das entnehme ich Ihren Ausführungen –, dass das Thema trotz der bundesweiten Bauernproteste und der Auswirkungen der Düngeverordnung auf die Qualität des Grundwassers nicht von allgemeinem politischem Interesse ist? Sie haben ja eben gesagt, dass es schnell gehen musste und deshalb nicht im Kabinett behandelt werden sollte. Man könnte ja vermuten, dass es vielleicht auch etwas mit den bevorstehenden Kommunalwahlen in Bayern zu tun hat. Vielleicht sagen Sie dazu noch ein paar Worte.

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Danke für Ihre Frage. – Dass das etwas mit den Wahlen zu tun hat, entnehme ich jeden Tag einigen Pressemitteilungen der FDP. Insofern glaube ich, dass man diese Fragestellung entspannt sehen kann.

Ich will eines deutlich sagen: Wir gehen sehr ernsthaft mit dem Thema Düngeverordnung um. Wer Landwirte ernst nimmt, ist ehrlich zu ihnen. Deshalb sage ich ganz klar: Wenn wir in Teilen ein Problem mit dem Grundwasser haben, dann kann man das, wie von der FDP häufig vorgeschlagen, ignorieren und kann auch ignorieren, was die EU-Kommission sagt. Man kann auch Ihren Vorschlag entgegennehmen – den ich nicht teile –, dass sich Deutschland verklagen lässt und bis zu 800 000 Euro am Tag zahlt. Das kann man auch machen. Ich glaube, das ist weder den Bauern noch den deutschen Steuerzahlern gegenüber verantwortungsvoll. Wir helfen den Landwirten, wie sie vor die Welle kommen, zum Beispiel mit Binnendifferenzierung. Ich würde mich freuen, wenn Sie das zum Beispiel auch bei Ihren Parteifreunden in Rheinland-Pfalz – FDP-geführtes Agrarministerium – durchsetzen würden. In Rheinland-Pfalz hat man sich nicht für die Binnendifferenzierung entschieden, um so dann verursachergerecht zu arbeiten. Insofern habe ich das durchgesetzt und auch mit der EU-Kommission geklärt, dass wir das verpflichtend vorschreiben können. Das ist ein Punkt.

Letzter Satz: Die beteiligten Ministerien haben ihre Zustimmung gegeben. Das will ich kurz noch sagen.

Bundesministerin Julia Klöckner

- (A) Das ist, glaube ich, noch wichtig zur Beantwortung Ihrer Frage.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer weiteren Nachfrage hat der Abgeordnete Huber das Wort.

Johannes Huber (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, ich möchte eine ganz einfache Nachfrage stellen. Sie haben meinem Kollegen Protschka soeben sinngemäß geantwortet: Im Zweifel wäre es nicht angebracht, sich bezüglich der Düngeverordnung mit der Europäischen Union anzulegen. – Ich möchte Sie fragen als jemand, der aus der Landwirtschaft kommt: Würden Sie im Zweifel, wenn Sie die Wahl hätten, die planwirtschaftlichen Vorgaben der Europäischen Union umzusetzen – auf der anderen Seite stehen die wirklich realen Bauern in diesem Land –, die planwirtschaftlichen Vorgaben der Europäischen Union hundertprozentig einhalten? Oder würden Sie von diesen planwirtschaftlichen Vorgaben im Zweifel abrücken, wenn Familien Höfe aufgeben müssten, wenn Betriebe mit ihrer Landwirtschaft Schluss machen müssten? Oder würden Sie dazu neigen, Verträge der Europäischen Union nicht einzuhalten oder mit allem Gewicht, was Sie aufbringen, Druck zu machen auf Ursula von der Leyen – Ihre Parteikollegin –, um sich für die heimischen Bauern und auch für die planwirtschaftlichen Vorgaben der Europäischen Union, die oft zweitrangig sind für unsere heimischen Bauern, einzusetzen?

- (B) (Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Ein Blick ins Gesetz erleichtert die Rechtsfindung!

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Sie unterstellen mir, dass ich gesagt hätte „im Zweifel solle man“. Ich kann Ihnen sagen: Ich bin froh, dass ich in einem Land und auf einem Kontinent lebe, wo es nicht um Bauchgefühl und primär um Stimmungen geht, sondern um Recht und Gesetz. Wir befinden uns in einem Rechtsstaat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Wir als Mitgliedstaat der Europäischen Union legen im Übrigen auch sehr großen Wert darauf, dass sich andere Mitgliedstaaten an das halten, was wir gemeinsam verabredet haben. Deshalb bin ich im Sinne der Bauern bei der Kommission vorstellig geworden, weil sich andere Mitgliedstaaten nicht an die Regelungen halten, Stichwort „gekoppelte Zahlungen“. Sie halten sich nicht daran, dass Notfallzulassungen nur für den Notfall gelten sollen. Wir haben auch ein Interesse daran, dass wir im Wettbewerb ordentlich behandelt werden. Insofern sage ich ganz klar: Wir sind ein Mitgliedsland. Die Europäische Union verstehe ich nicht als Planwirtschaft. Schauen Sie ein paar Jahre zurück: Wir hatten die DDR. Dort gab es Planwirtschaft. Das hat nicht funktioniert. Ich bin froh, dass wir die EU haben.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Eine letzte Nachfrage stellt die Kollegin Konrad.

Carina Konrad (FDP):

Vielen Dank. – Frau Ministerin, ich würde gerne noch einmal die Frage von meinem Kollegen Frank Sitta aufgreifen. Sie sagten, alle beteiligten Ministerien hätten ihre Zustimmung gegeben. Mich würde interessieren, welche Ministerien ihre Zustimmung gegeben haben. Auf „Agrarheute“ war zu lesen, dass der Vorschlag nicht mit der Kommission abgestimmt sei. Ihre Annahme, dass eine Klageerweiterung automatisch mit der Annahme der Düngeverordnung ausgeschlossen ist, hat die Kommission nicht bestätigt. So kann man auf „Agrarheute“ nachlesen. Dort ist auch nachzulesen, dass das BMU Zweifel hat, ob diese Düngeverordnung reicht, um die Klageerweiterung abzulehnen.

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Ich bin sehr dankbar für Ihre Frage, weil ich die Äußerungen, die in dieser Frage impliziert sind, in vielen Posts lese. Das gibt mir die Chance, Ihnen im Gesamtzusammenhang etwas zu erklären. Ich freue mich,

(Carina Konrad [FDP]: Ich hätte gerne eine Antwort auf meine Frage!)

wenn entsprechende Posts etwas korrigiert werden; es gehört dazu, dass wir ehrlich miteinander umgehen und auch sach- und faktenorientiert.

Ein erster Punkt. Es gibt mitberatende Ministerien – das wissen Sie wahrscheinlich –, deren Einvernehmen eingeholt wird. Das sind zum Beispiel das BMF, das BMU und das BMJV. – So viel dazu.

Zu Ihrer zweiten Frage. Mir ist auch aufgefallen, dass Sie in Ihren Pressemitteilungen ein bisschen was verwechselt haben.

(Carina Konrad [FDP]: Das war nicht ich!)

– Von der FDP. Ich habe Sie jetzt zusammen gesehen. – Es kann vorkommen, dass man etwas verwechselt. Es ist ein Unterschied, ob ich ein Zweitverfahren eröffne oder ob ich die Klage erhebe. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Aha! Und zur Frage jetzt?)

Sie wissen, dass das Zweitverfahren eröffnet worden ist. Über die Klageerhebung entscheidet die EU-Kommission erst – das haben wir immer so kommuniziert; alles andere wäre ja auch ein bisschen komisch –, wenn der Tag der Bundesratsbefassung verstrichen ist. Denn es gibt Bedingungen, die die Kommission an uns gestellt hat.

Eine der Bedingungen ist, dass sich der Bundesrat am 3. April – weil das die Zeitkaskade ist, die uns noch zugestanden worden ist – damit beschäftigt. Eine zweite Bedingung ist,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was damit Zeit draufgeht!)

(C)

(D)

Bundesministerin Julia Klöckner

- (A) dass sich substanziell nichts an dem Vorschlag ändert, den wir mit der EU-Kommission abgesprochen haben. – So viel kann ich Ihnen sagen.

Natürlich kann die Kommission jetzt noch nicht sagen, ob sie Klage erhebt, weil das Verfahren noch gar nicht beendet ist, weil erst der Bundesrat noch seine Stellungnahme abgeben muss.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Mir seien einige Hinweise gestattet, bevor dann der Kollege Hans-Georg von der Marwitz die nächste Frage stellt.

Erstens bitte ich, weiterhin sowohl bei Fragestellung als auch bei Beantwortung auf das optische Signal zu achten und sich entsprechend zeitlich zu beschränken. Das passt dann wahrscheinlich auch in die Posts der Live-berichterstattung hinein, die hier parallel läuft; denn alles, was über eine Minute hinausgeht, bekommen Sie auch nicht in die verdoppelte Zeichenzahl eines Tweets.

Für all diejenigen, die sich mit dem komplexen Thema hier beschäftigen wollen, sei mir der Hinweis gestattet: Spätestens morgen früh gibt es auch das exakte Stenografische Protokoll unserer Verhandlungen hier, sodass man sich nicht nur mit Auszügen befassen muss, sondern tatsächlich auch Rede und Gegenrede entsprechend nachvollziehen kann.

(Julia Klöckner, Bundesministerin: Oder auf www.bmel.de/)

- (B) Die nächste Frage stellt jetzt der Kollege Hans-Georg von der Marwitz.

Hans-Georg von der Marwitz (CDU/CSU):

Frau Präsidentin, vielen Dank. – Liebe Frau Ministerin, ich komme zurück zur Digitalisierung. Im vergangenen Jahr hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Einführung einer Masterplattform in Auftrag gegeben. Sie haben es kurz angesprochen. Dass die Digitalisierung für die Land- und Forstwirtschaft existenziell ist, haben wir letztlich längst alle erfasst. Mühsam wird es im Detail, wenn wir uns fragen: Wem gehören die Daten? Sie haben das am Schluss kurz angesprochen.

Das ist natürlich für uns Landwirte eine ganz entscheidende Frage. Es macht viele momentan noch nervös, dass sie nicht genau wissen: Können wir uns bei allen Daten, die wir auf die Masterplattform geben bzw. von ihr nehmen, sicher sein, dass sie dort für uns bleiben und nicht in alle Richtungen – ob nun in die Industrie, in die Wirtschaft oder auch in die öffentliche Hand – einsickern? Dann wären viele in Zukunft nicht mehr bereit, die Masterplattform zu nutzen.

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Die Frage nach den Daten, sehr geehrter Herr Abgeordneter, ist auch immer eine Frage nach der Akzeptanz und nach dem Vertrauen und danach, ob technische Neuerungen in der Landwirtschaft überhaupt angenommen werden.

Um welche Daten handelt es sich? Es hat, wenn es um Düngungen, um Spritzungen geht, etwas mit Ausbringungsdaten zu tun, es hat etwas mit den erfassten Daten der Tiere zu tun, es hat mit vielen Themen zu tun. Wir alle wissen, dass es auf dem Acker mittlerweile auch Maschinen gibt, die über eine Cloud unterschiedlich miteinander kommunizieren.

Die Sorge ist: Wir merken – leider, sage ich sogar –, dass viele Landwirte eher dem Landmaschinenunternehmen vertrauen, wenn es die Daten hat und daraus ökonomisches Interesse ableitet – was legitim ist –, als wenn der Staat diese Daten hat. Die Befürchtung ist, die Daten würden dann sofort nach Brüssel gehen.

Insofern habe ich eine Machbarkeitsstudie zu einer staatlichen digitalen Plattform in Auftrag gegeben. Wir untersuchen: Wie müsste die Struktur einer digitalen Plattform aussehen? Welche Daten können in welcher Form im Übrigen auch vom Staat bereitgestellt werden? Wir machen zum Beispiel mit Hessen, Rheinland-Pfalz etc. ein Projekt zur GeoBox-Infrastruktur. Da geht es zum Beispiel auch darum, dass staatliche Daten den Landwirten umgekehrt kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Letzter Punkt. Auch das Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering geht dem Thema nach.

Ich will hier sagen: Die Daten gehören erst mal dem, der sie selber erhoben hat.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie stehlen den Fragenden die Zeit!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur Nachfrage.

Hans-Georg von der Marwitz (CDU/CSU):

Frau Ministerin, Sie wissen, dass das mit dem Abrufen der Daten in den ländlichen Räumen nicht ganz leicht ist. Es gibt noch weiße Flecken. Was leistet Ihr Haus bzw. die Regierung, damit die Daten flächendeckend genutzt und eingesetzt werden können?

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Wichtig ist, dass wir die weißen Flecken über dem Acker schließen können. Wir haben zwei Initiativen gestartet. Ich bin sehr froh, dass ich für die ländlichen Räume erreichen konnte, dass nicht nur an den Hauptautobahnen eine entsprechende Mobilfunkausstattung vorhanden sein wird, sondern dass auch – nach unserer Digitalklausur ist das klar – die Kreis- und Gemeindestraßen erschlossen werden. Wir bekommen für den Landwirtschaftssektor ein eigenes Budget von rund 60 Millionen Euro, um die weißen Flecken über den Feldern, aber auch über den Betrieben durch den Aufbau lokaler Netzwerke zu schließen. Damit können wir in die Anwendung der neuen Techniken kommen, die wir zum Beispiel auf der Agritechnica gemeinsam gesehen haben.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Sitta stellt eine Nachfrage.

(A) **Frank Sitta (FDP):**

Vielen Dank. – Frau Ministerin, ich habe eine Frage zur Digitalisierung. Sie haben eben die Machbarkeitsstudie angesprochen, aber der Begriff „Gaia-X“, eine zentrale Plattform, die im BMWi in Arbeit ist, fiel überhaupt nicht. Vielleicht könnte ein federführendes Digitalministerium helfen, damit nicht jedes Ministerium eigene Machbarkeitsstudien in Auftrag gibt. Dass das eine Forderung aus der FDP ist, ist bekannt; aber auch in Ihrer Partei gibt es immer mehr Kolleginnen und Kollegen, wie die Vorsitzende der CDU oder den Vorsitzenden der Jungen Union, die ein Digitalministerium fordern. Deswegen nutze ich die Chance und frage Sie: Wie sehen Sie das? Braucht Deutschland nicht endlich ein koordinierendes Digitalministerium, um nicht weiter auf dem Standstreifen zu stehen, sondern auf die Überholspur zu kommen?

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Ich kann Ihnen sagen: Bei der Digitalisierung in der Landwirtschaft ist Deutschland Vorreiter. Warum sind wir Vorreiter? Wir sind Vorreiter, weil wir sehr koordiniert und strukturiert im Bereich der Ernährung, Stichwort: Blockchain, und im Bereich der Landwirtschaft – sei es bei der Tierhaltung oder im Ackerbau – das Thema Digitalisierung angehen. Wir machen das nicht in einem riesengroßen Topf, sondern speziell mit unseren Fachleuten. Ich habe in meinem Ministerium eine Digitalisierungsbeauftragte und in jeder Abteilung Digitalisierungsreferenten installiert, das heißt, wir haben die Ebenen vertikal und horizontal verbunden. Eine Plattform, die sich speziell um die landwirtschaftlichen Daten kümmert, ist notwendig, aber die sollte man nicht mit anderen Plattformen zusammenwerfen.

(B)

Zum Stichwort „Digitalkompetenz“. Ich kann für die Bundesregierung sagen: Wir haben Kompetenzen in einer solchen Breite, wie es sonst niemand aufweisen kann, mit unserer Staatsministerin für Digitalisierung, Frau Bär, aber auch im Kanzleramt und in den einzelnen Häusern. Heute hat unser Digitalrat getagt, und es hat sich gezeigt, dass wir so weit sind wie kaum eine andere Bundesregierung zuvor.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Frage stellt Dr. Kirsten Tackmann.

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Vielen Dank. – Frau Ministerin, auch ich möchte auf die Digitalisierung zu sprechen kommen. Sie haben über Potenziale und Zielkonflikte gesprochen. Zum Teil teile ich Ihre Ansicht.

Ich möchte auf die Risiken der Digitalisierung zu sprechen kommen. Wir wissen, dass die ökonomische und soziale Situation in der Landwirtschaft durchaus angestrengt ist: aufgrund von nicht kostendeckenden Erzeugerpreisen usw. usf. Nun wissen wir, dass gerade die Beteiligung an der Digitalisierung einen erheblichen Geldaufwand für die Betriebe bedeutet. Es gibt erste Hinweise aus der Wissenschaft, dass es einen verstärkten Strukturwandel aufgrund der Digitalisierung geben wird. Wie gehen Sie mit diesem Problem um?

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft: (C)

Das ist in der Tat eine Herausforderung; denn wir alle wissen, dass neue Technik erst mal viel Geld kostet. Wer sich an sein allererstes Handy erinnert – wie viel weniger das konnte, aber wie viel mehr es kostete im Vergleich zu heute –, wird erkennen, dass in der breiten Nutzung vieles günstiger wird. Wir als zuständiges Ministerium wollen gerade den kleinen Betrieben, die zum Beispiel nicht genügend Arbeitskräfte haben, eine Umstellung ermöglichen. Wir alle wissen, dass die junge Generation in der Milchviehhaltung zum Beispiel auf Work-Life-Balance achtet. In der Landwirtschaft wird so viel gearbeitet wie in kaum einer anderen Branche. Da immer weniger Personal in der Landwirtschaft bereitsteht, könnten es kleine Betriebe zum Beispiel durch Melkroboter schaffen, mit weniger Personal auszukommen.

Ich will das konkretisieren. Wir haben zur finanziellen Unterstützung Bundesprogramme aufgelegt. Ich will Ihnen sagen, dass das Innovationsprogramm ein Volumen von 64 Millionen Euro hat, dass unser Bundesprogramm Nutztierhaltung, aus dem man Fördermittel abrufen kann, ein Volumen von 2 Millionen Euro hat, dass der Titel „Digitalisierung“ 90 Millionen Euro und der Titel „Künstliche Intelligenz“ 18 Millionen Euro umfasst. Für die digitalen Testfelder haben wir nicht nur große Betriebe vorgesehen, sondern auch kleine haben eine Chance. Im Übrigen setzt auch die Biolandwirtschaft hinsichtlich der mechanischen Bearbeitung auf Roboter, zum Beispiel, um Wildpflanzen entsprechend zu bearbeiten.

(D)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur Nachfrage.

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Dann hoffen wir mal, dass das Geld auch da ankommt, wo es hingehört, und nicht nur bei Landmaschinenherstellern usw. landet.

Mit dem Stichwort „DigiMilch“ haben Sie mich natürlich auch als Tierärztin herausgefordert. Sie wollten ja gerne weitere Ausführungen dazu machen. Die Möglichkeit dazu möchte ich Ihnen gerne geben. Meine Frage zielt wieder in Richtung Risiken. Wir wissen ja, dass eine Diagnosestellung – Anamnese usw. – ein relativ komplexer Vorgang ist. Wie stehen Sie zu dem Risiko, dass die Algorithmen, die ja immer nur das bekannte Wissen darstellen können, letzten Endes diktatorisch werden können, indem sie die Lösung der Verbindung zwischen Mensch und Tier bewirken? Wir könnten ja denken, wir hätten alles im Griff, weil die Technik alles im Griff habe. Aber wir vergessen die Risiken, die sie eben nicht erfasst.

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Ich glaube nicht, dass Landwirte der Meinung sind, dass ihr Bezug zum Tier durch eine Maschine zu ersetzen ist. Ich kenne solche Tierhalter nicht. Die Technik wird eine Unterstützung sein; wir merken das jetzt schon. Beispielsweise wird die Eutertemperatur einer Kuh, die in den automatischen Melkstand geht, gemessen. So wird

Bundesministerin Julia Klöckner

- (A) festgestellt, ob die Kuh eine erhöhte Temperatur hat. Bei der Analyse der Milch, die just in time gemacht wird, können Auffälligkeiten festgestellt werden. Man merkt auch, wenn die Kuh überhaupt nicht im Melkstand war. Die Kauffrequenz wird anhand eines Fesselarmbands gemessen. So bemerkt man, wenn sie sich nicht bewegt. Das alles wird dem Bestandstierarzt oder dem Tierhalter als Warnung auf sein Handy übermittelt. Aber er verlässt sich nicht darauf.

Er weiß jedoch genau, welche Kuh er sich anschauen muss. Dadurch wird die Unruhe, die entsteht, wenn man in einen Stall hineingeht, reduziert. Man geht nicht mehr durch die ganze Herde, sondern nur zu der einen Kuh, mit der man sich dann beschäftigt. Die Technik ist eine Chance, sie wird aber nie den Menschen ersetzen; davon bin ich überzeugt. Gerade deshalb ist die Frage nach der Datennutzung wichtig; Herr von der Marwitz hat diese Frage gestellt. Wenn wir Daten haben, können wir sie etwas optimieren, um die Situation zu verbessern. Aber der Mensch wird immer wichtig sein.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Frage stellt der Abgeordnete Harald Ebner.

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Frau Ministerin, ich möchte auf das Thema Gesundheit zurückkommen. Wenn die EU ein Pestizid verbietet, weil es gesundheitsschädlich ist, wie das jetzt endlich bei Chlorpyrifos geschehen ist, dann dürfen auch keine Rückstände davon in Lebensmitteln sein, auch nicht in importierten. Das ist geltendes EU-Recht. Das hat Ihr eigenes Ministerium noch 2017 gegenüber dem Wissenschaftlichen Dienst ausdrücklich bestätigt.

Chemiehersteller aus einigen Mitgliedstaaten und anderen Staaten, die solche Gifte weiter verkaufen und anwenden, drängen jetzt auf Einzelfallprüfungen, also darauf, dass doch noch ein bisschen Gift dran sein kann. Einige Staaten der EU unterstützen das. Auch Sie unterstützen das. Sie haben das auf Twitter bestätigt oder auch zurückgewiesen – je nach Tag. Sie haben später auch Fakten ergänzt. Erst hieß es: Alle Anträge auf Importtoleranz seien abgelehnt. Später haben Sie gesagt, es gebe noch gar keine Anträge. Sie schreiben auch, dass die Kommission diesen Weg der risikobasierten Einzelfallprüfung bereits festgelegt habe. Können Sie mir sagen, wann und von wem dies entschieden wurde, wann und von wem dieser Weg der risikobasierten Einzelfallprüfung festgelegt wurde?

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Erst mal herzlichen Dank für Ihre Frage, Herr Ebner. – Ich will das noch ein bisschen ergänzen. Sie haben mir unterstellt – so konnte ich es von Ihnen in einer Pressemitteilung lesen, auch auf Twitter –, dass wir uns proaktiv dafür einsetzen, dass giftige Stoffe in die EU importiert werden. Das will ich sehr entschieden zurückweisen.

Ich will auf die Fakten zurückkommen. Die Behauptung, dass der Schutz vor giftigen Lebensmittelimporten verwässert werden soll, ist nicht zutreffend. Ich will et-

was ausholen, weil das, glaube ich, für die Gesamteinordnung wichtig ist: Importtoleranzen für Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Lebens- und Futtermitteln aus Drittstaaten können nur dann festgelegt werden, wenn diese gesundheitlich unbedenklich sind. Der Meinung bin ich nach wie vor. Diese Vorgehensweise ist unabhängig davon, ob der Wirkstoff eine sogenannte gesundheitsbezogene Gefahreinstufung – Sie kennen das: Cut-off-Eigenschaft heißt das – hat oder nicht. Für die auf EU-Ebene nicht genehmigten Cut-off-Wirkstoffe, für die bislang Rückstandshöchstgehalte überprüft worden sind, können wegen gesundheitlicher Risiken keine Importtoleranzen festgesetzt werden. Auch das wissen Sie. Das heißt, es sind auch keine Importe von Lebens- und Futtermitteln mit Rückständen der betroffenen Wirkstoffe in die EU möglich. In den meisten Fällen können bei Wirkstoffen mit gesundheitsbezogenen Gefahreinstufungen keine toxikologischen Schwellenwerte abgeleitet werden und daher aus gesundheitlichen Gründen auch keine Importtoleranzen gewährt werden. – Jetzt sehe ich, dass es wieder rot blinkt. Insofern mache ich hier einen Stopp. Aber ich freue mich auf die Nachfrage.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Bitte.

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, die Frage haben Sie jetzt nicht beantwortet, nämlich wann denn die Kommission jetzt den Ihren Verlautbarungen nach angeblich festgelegten Weg beschlossen habe, jetzt an der Stelle – im Gegensatz zu Ihren aktuellen Ausführungen – doch auf eine risikobasierte Einzelfallprüfung zu gehen.

Die EU-Kommission hat mir gestern geschrieben, hat mir gestern geantwortet, dass die Diskussionen darüber, wie man da weitermachen möchte, noch im Gange sind – und das ist gut so. Deshalb frage ich mich, warum Sie solche Dinge veröffentlichen, warum Ihr Ministerium der Öffentlichkeit schreibt, die Kommission habe dazu schon einen Weg eingeschlagen und einen Weg beschlossen.

Ich finde, es ist allerhöchste Zeit, dass Sie sich an der Stelle wirklich öffentlich für diese Desinformation entschuldigen, unter anderem auch bei meiner Kollegin Renate Künast, der Sie Beteiligung an Hate Speech vorgeworfen haben – nur weil sie einen Artikel der „taz“ verlinkt hatte. Da, glaube ich, können wir eine Entschuldigung erwarten.

Ich frage Sie jetzt an der Stelle, ob Sie dem Kurswechsel Österreichs folgen und sich ebenfalls dafür einsetzen, dass solche Giftimporte in die EU,

(Karlheinz Busen [FDP]: „Giftimporte“?
Quatsch! – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]:
Wie die AfD zu Corona!)

mit Stoffen, Pestiziden, die aus gesundheitlichen Gründen verboten sind, grundsätzlich ausgeschlossen bleiben. Das möchte ich von Ihnen gerne wissen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(A) **Julia Klöckner**, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Herr Ebner, es ist unglaublich, was man alles in so eine Minute reinpacken kann, um Leute wirklich zu verwirren.

Ich muss Ihnen deutlich sagen: Ihr Petitum oder Ihre Aussage ist ja, dass in die EU – proaktiv, von uns Ministern forciert – Giftstoffe importiert werden. Das weise ich von uns.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Sie machen hier Bürgerinnen und Bürger unruhig. Sie tragen dazu bei, dass Leute, in einem Schwarz-Weiß-Denken,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie tragen doch schwarz-weiß!)

Angst haben müssen,

(Karlheinz Busen [FDP]: Richtig!)

dass – angeblich – unsere Lebensmittel erstens nicht geprüft werden, es zweitens Rückstände gibt, drittens Lebensmittel mit Rückständen nicht abgelehnt werden. Sie sagen, dass wir daran arbeiten würden, dass Giftstoffe proaktiv importiert werden. Das weise ich hier zurück, ganz klar.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt zur Frage!)

(B) Und dann beschweren Sie sich auch noch. Wenn Sie solche Dinge im Internet verbreiten und dann Leute, die vielleicht gar nicht alltäglich damit zu tun haben, wirklich glauben, das sei der Fall, und dann Vorwürfe an die Bundesregierung machen,

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: AfD-Niveau ist das!)

dann muss ich sagen: Dafür haben Sie auch eine Verantwortung. Ich will ganz klar sagen: Wir halten uns an Recht und Gesetz und die EU auch.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Würden Sie die Frage noch beantworten?)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Frage stellt der Abgeordnete Peter Felser.

Peter Felser (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Frau Ministerin, wenn wir mal schauen, was für Aufgaben wir vor uns haben – was die Afrikanische Schweinepest betrifft, aber auch, was den Umbau des Waldes betrifft –, dann sind wir, glaube ich, einer Meinung, dass wir dazu die deutsche Jägerschaft – dieses Ehrenamt, die freiwillige Leistung, die die deutsche Jägerschaft dort erbringt – brauchen. Wie kann es sein, dass heute, im März, diese Jägerschaft durch einen Generalverdacht im neuen Waffenrecht so eingeschränkt wird, dass jetzt eine Regelabfrage beim Verfassungsschutz erfolgen muss? Wir haben

(C) jetzt ganz konkret den Fall, dass die Jagdscheine nicht verlängert werden; es dauert Wochen und Monate, bis die Jagdscheine verlängert werden können. Die Jäger wissen nicht: Dürfen sie ihre Gewehre behalten? Dürfen sie ihre Munition noch einlagern? Und vor allem: Können sie die Pachtverträge noch verlängern?

Meine Frage an Sie ist: Würden Sie die Forderungen der Jagdverbände unterstützen, dass die Jagdscheine zumindest unter Vorbehalt jetzt ausgegeben werden, damit die Sicherheit bei den Jägern wieder da ist? Und: Geben Sie mir recht in der Meinung, dass die Verwaltungsprobleme, die wir jetzt haben in den Behörden, nicht zulasten der Jäger gehen dürfen?

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Erst mal zum Thema Jäger. Ich weise sehr deutlich zurück, dass wir Jäger unter einen Generalverdacht stellen. Ich kann Ihnen sagen: Viele meiner Kolleginnen und Kollegen aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind selbst Inhaber eines Jagdscheins.

(Karlheinz Busen [FDP]: Auch der FDP! – Enrico Komning [AfD]: Ja, wir auch!)

– Bei der FDP ist das sicherlich auch so.

Es gibt hier übrigens noch weitere Herausforderungen; Sie wissen es. Es geht darum, ob der Jagdschein im Ausland oder im Inland erworben wurde, ob man deutscher Staatsbürger ist, ob man die doppelte Staatsbürgerschaft oder eine ausländische Staatsbürgerschaft hat, ob etwas in Deutschland anerkannt wird. Ich muss sagen: Ich habe (D) bei diesen Fragestellungen auch viel dazugelernt.

Eines will ich Ihnen mit Blick auf die Jägerschaft aber deutlich sagen: Wir sind mit ihr nicht nur sehr intensiv im Kontakt, sondern wir sind auf sie auch angewiesen – sei es im Zusammenhang mit der Afrikanischen Schweinepest oder wenn es um die Ausbreitung des Wolfes geht etc.

Bezogen auf die Inhaber eines Jagdscheines will ich deutlich machen: Sie kennen die Debatten darüber, und Sie wissen: Wer eine Waffe nutzt, der muss sehr vertrauenswürdig sein. Bei der allergrößten Mehrheit gehe ich davon aus.

Ich will jetzt nicht vorwegnehmen, wie das Bundesinnenministerium mitentscheidet; Sie wissen, unser Ministerium ist hier nicht alleine beteiligt. Wir haben aber zum Beispiel auch eine Forderung des Jagdverbandes aufgenommen, bei der es um die Nachtsichtgeräte geht, und wir müssen hier natürlich auch immer die Ethik im Blick behalten.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Frau Ministerin, versuchen Sie, zum Ende zu kommen.

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Okay. – Sie wissen, was ich meine. Das haben wir jetzt für die Länder ermöglicht. Und insofern: verantwortungsvolles Umgehen!

(A) Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zu einer Nachfrage, Herr Felser.

Peter Felser (AfD):

Vielen Dank. – Ich weiß tatsächlich, was Sie meinen. Bleiben wir aber bitte bei der Jägerschaft. Sie haben ja auch den Nationalen Waldgipfel angedeutet. Der Waldumbau muss jetzt in Gang kommen. Dazu brauchen wir auch die Jägerschaft; Sie wollen ja auch am Jagdgesetz etwas ändern. Mich wundert es etwas, dass wir jetzt das Schalenwild, unser heimisches Wild, zum Hauptverantwortlichen und im wahrsten Sinne des Wortes Sündenbock machen. Können Sie heute sagen, was Sie am Jagdgesetz ändern wollen? Wollen Sie die Schonzeiten aufheben? Wollen Sie den Schutz der Muttertiere aufheben? Wollen Sie, wie Sie es gerade angedeutet haben, Nachtzieltechniken, Militärtechnik einsetzen? Wie weit soll diese Jagdgesetzänderung gehen?

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Na ja, ich kenne jetzt keinen, der das Schalenwild zum Sündenbock für unsere Waldschäden macht.

(Peter Felser [AfD]: Da kenne ich genügend!)

Ich muss sagen: Das ist schon eine ambitionierte Herleitung.

(Peter Felser [AfD]: Dann schauen Sie sich mal bitte um!)

(B) Es geht nicht um „Wald vor Wild“ oder um „Wild vor Wald“, sondern um „Wald *und* Wild“ – beides zusammen, gleichberechtigt. Es geht auch nicht darum, ob man ein Jagdgesetz schnell geändert hat, sondern darum, ob man es sinnvoll geändert wird, und die Zeit, das zu prüfen, nehmen wir uns.

Die Wiederaufforstung beginnt jetzt im Frühjahr, und wir alle wissen: Wenn wir eine hohe Wildpopulation und -dichte haben, dann sind gerade die Jungpflanzen gefährdet. Wenn wir neu gepflanzt haben, dann wollen wir natürlich auch, dass die Bäume wachsen können. Darüber unterhalten wir uns, und dabei geht es nicht um Schnelligkeit.

Einmal werden wir kritisiert, wenn wir ein Gesetz gemacht haben, um die Jäger einzuschränken. Jetzt haben wir keines gemacht, und das wird auch kritisiert. Wir sind mit den Jägern im Gespräch darüber, wie wir Wald *und* Wild gerecht werden können.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer weiteren Nachfrage hat der Abgeordnete Busen das Wort.

Karlheinz Busen (FDP):

Frau Ministerin, da wir gerade über Jagd sprechen, will ich Sie doch mal fragen, wann Sie endlich den Wolf in der FFH-Richtlinie herunterstufen. Wir haben mittlerweile gesehen: Alle Präventionsmaßnahmen, die auch das BMU eingeführt und ausprobiert hat, haben einen Haufen Geld gekostet, aber nichts gebracht. Ganze Existenzen, ganze Weidetierhaltungen stehen vor dem Ruin. Deshalb

wäre es doch sinnvoll, dass wir jagdrechtlich endlich mal Klarheit bekommen, indem der Wolf in der FFH-Richtlinie herabgestuft wird. **(C)**

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Danke schön. – Es würde mich freuen, wenn auch das Bundesland Rheinland-Pfalz, wo die FDP mit an der Regierung ist, diese Haltung hätte. Hat sie aber nicht! – Das einfach nur mal, damit wir hier auch ein bisschen ehrlich miteinander umgehen.

Ich will eines deutlich machen – das haben Sie mitbekommen –: Wir haben beim Thema „Wolf und Weidetierhaltung“ etwas geändert. Ich bin der Meinung, es war ein richtiger und wichtiger erster Schritt, dass wir auch Wölfe bejagen können, auch wenn wir den Wolf nicht passgenau einzeln zuordnen können. Tierwohl und Tiererhalt gelten auch für Weidetiere. Ich habe mit einem Tierhalter gesprochen, dessen 40 Schafe in einer Nacht gerissen worden sind. Ganz konkret: Wir müssen dort helfen, Wölfe zu vergrämen, aber auch zu jagen und letal zu entnehmen.

Hinsichtlich der Frage, wann und wie wir auf europäischer Ebene oder auch auf Bundesebene etwas ändern, muss man sagen: Dabei brauchen wir auch die Hilfe der Bundesländer. Sie wissen, es gibt unterschiedliche Sichtweisen. Bei der einen geht es um den guten Erhaltungszustand des Wolfes. Ich finde, wir sind da auf einem sehr guten Weg. In einigen Regionen ist der Erhaltungszustand mehr als gut. Deshalb bin ich der Meinung: Man müsste regional stärker unterscheiden und sollte die Situation nicht nur deutschlandweit betrachten. Wenn wir ins Saarland schauen: Die Situation ist übersichtlich, was die Wölfe angeht. Rheinland-Pfalz hat sich aufs Schild geschrieben, dass man Wolfserwartungsland werden will. Andere Länder leiden sehr darunter. Insofern ist es gut, dass wir gehandelt haben und einen ersten Schritt gegangen sind. **(D)**

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Frage stellt die Abgeordnete Ursula Schulte.

Ursula Schulte (SPD):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Frau Ministerin, die EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands naht mit Riesenschritten. Das ist eine wunderbare Gelegenheit, auch etwas mehr für Verbraucherschutz und für gesunde Ernährung zu tun. Uns als SPD-Fraktion sind dabei folgende Punkte wichtig: die Regulierung von Nahrungsergänzungsmitteln, eine verpflichtende Nutri-Score-Kennzeichnung, eine klare Herkunftsbezeichnung für verarbeitete Fleischprodukte und die Einführung von Nährwertprofilen für die sogenannten Kinderlebensmittel. Ich frage Sie: Sind Ihnen diese Themen auch wichtig, und werden Sie sich dafür einsetzen, dass wir da Fortschritte erzielen?

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Diese Themen sind mir wichtig. Dass wir uns dafür einsetzen, dass wir vor allen Dingen europäisch gemein-

Bundesministerin Julia Klöckner

(A) sam vorankommen, das ist Ihnen, glaube ich, bekannt. Dass man innerhalb von sechs Monaten nicht alles regeln kann, was über Jahre und Jahrzehnte nicht geregelt worden ist, das ist, glaube ich, auch klar.

Aber ich will einen Hinweis zum Thema Nutri-Score geben. Eines meiner Ansinnen ist, mich mit europäischen Kollegen darüber zu unterhalten – damit haben wir bereits begonnen –, ob es Vorschläge gibt, auf die wir uns einigen können. Sie wissen, es gibt zum Beispiel in Italien das sogenannte „Batterie“-Modell – Italien ist komplett gegen einen Nutri-Score –, und es gibt das Keyhole-Modell in den skandinavischen Ländern. Insofern: Man muss diese Ausgangslage betrachten; aber wir sehen, dass immer mehr Länder in Richtung Nutri-Score gehen. Wir sagen aber auch: Wir müssen die Algorithmen entsprechend anpassen können; das ist der eine Punkt.

Ein weiterer Punkt, was die Kennzeichnung anbelangt, ist: Ich würde sogar noch einen Schritt weitergehen. Auch verarbeitetes Ei sollten wir kennzeichnen, und es macht dann am meisten Sinn, wenn wir das europäisch regeln, und damit starten wir zumindest die Diskussion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur Nachfrage. – Nicht. Dann stellt die Kollegin Künast eine Nachfrage.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

(B) Ich möchte gerne zu den Nahrungsergänzungsmitteln eine Nachfrage stellen. – Frau Ministerin, wir wissen ja alle, dass diese durchaus Gesundheitsgefahren bergen. Wir hatten schon vor einigen Jahren die Erwartung, dass die Europäische Union eine EU-weite Regelung schafft. Macht sie aber nicht. Es gibt von dort auch keine terminlichen Ansagen. Aus Ihrem Haus und aus den nachgeordneten Behörden kamen konkrete Vorschläge für eine Höchstmengenregulierung bei Nahrungsergänzungsmitteln. Wann werden Sie die national umsetzen? Es gibt ja keine zeitliche Perspektive, wann das auf europäischer Ebene passieren wird, nicht mal eine Vorlage der EU. Wir müssen uns ja um gesundheitliche Fragen kümmern. Beim Thema Corona hatten wir vorhin die Aussage, dass Gesundheit vor Wirtschaft geht. Das erwarte ich auch hier. Da das Gesundheitsgefahren sind, die konkrete Frage: Wann genau werden Sie Ihre Vorlage aus dem eigenen Haus umsetzen, damit in Deutschland eine Höchstmengenregelung gilt?

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Danke, Frau Künast. – Ich konnte auf keine Vorlagen aus Ihrer Amtszeit zurückgreifen.

(Markus Tressel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie mich nicht dran gehindert hätten!)

– Das war nicht ich allein. – Ich will nur kurz sagen, dass das Thema Nahrungsergänzungsmittel wirklich mit wichtigen Fragestellungen verbunden ist.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Was veranstalten Sie da?)

(C)

– Ich dachte, Sie hätten Interesse an meiner Antwort.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Wenn es eine vernünftige ist, ja!)

Wir haben auch untersuchen lassen, wie sich der Markt der Nahrungsergänzungsmittel verändert hat. Ich glaube, es ist wichtig, dass man eine gute Analyse dazu hat. Ich habe auf europäischer Ebene mit Kolleginnen und Kollegen gesprochen. Vor allen Dingen die skandinavischen Länder hätten ein Interesse daran, dass wir auch europäisch aktiv werden. Es gibt aber bis dato auf Nachfragen bei der EU in der Tat keine Vorlage. Wir hatten gehofft, dass es eine gäbe. Insofern nutze ich auch gerne meine Gespräche im Vorfeld des Europäischen Rats, um mit Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Mitgliedstaaten darüber ins Gespräch zu kommen. Ich halte es nicht nur für notwendig, dass wir eine Regelung finden, sondern bin auch der Meinung, dass es besser wäre, wenn wir eine europäische Regelung, im Sinne eines freien Binnenmarkts, finden würden. Wenn das nicht der Fall ist, wenn es sich endgültig zeigt, dass dafür überhaupt keine Chance besteht, dann werde ich initiativ werden.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer weiteren Nachfrage hat die Abgeordnete Bauer das Wort.

Nicole Bauer (FDP):

(D) Vielen Dank. – Frau Ministerin, meine Frage geht in Richtung Ernährungssicherung. Es liegen ja Ideen auf dem Tisch, im Rahmen einer Novellierung der Düngeverordnung eine 20-prozentige Reduzierung der Düngung in entsprechend belasteten Gebieten vorzunehmen. Es ist nun mal weltweit so, dass die Zahl der ertragreichen Gebiete zurückgeht, dass sie von Wassermangel gebeutelt sind und dass wir uns in den nächsten Jahren die Frage stellen müssen, wie das mit der Ernährungssicherung zusammengehen kann. Jetzt ist meine Frage an Sie: Wie sehen Sie es, wenn Sie eine 20-prozentige Reduzierung der Düngung – darüber klagen auch schon die Bauern – in den entsprechenden Gebieten über Jahre hinweg vornehmen? Der Ertrag geht dann entsprechend zurück, und die Ernährungssicherung in fruchtbaren Gebieten kann nicht mehr so gewährleistet werden, wie es vorher war.

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Ich war ganz dankbar, dass wir vorhin bei der Debatte rund um das Thema Coronaerkrankung sehr moderat geblieben sind und jetzt nicht die Bevölkerung beunruhigt haben. Ich meine, es wäre auch gut, wenn wir in dieser Befragung die Bevölkerung nicht beunruhigten und nicht so täten, als ob wir Probleme mit der Ernährungssicherung hätten. Also, ich würde jetzt echt sagen: Lassen wir die Kirche im Dorf.

Wir haben gesehen, dass wir, auch wenn die Regale in den Supermärkten aufgrund von Hamsterkäufen kurzzeitig leer waren, kein Versorgungs- und Ernährungssicherungsproblem haben, sondern dass das Ganze eher eine

Bundesministerin Julia Klöckner

- (A) Logistikfrage ist, weil der LEH die Haltung von Lebensmitteln eher auf die Lkws auf den Autobahnen verlagert hat.

Jetzt zu der Reduzierung der Düngemittel um 20 Prozent. Nicht wir haben das vorgeschlagen – das ist kein Wunsch von uns –, sondern die EU-Kommission hat das vorgegeben. Sie wissen: Über zehn Jahre wurde in Dänemark im ganzen Land die Menge an Düngemitteln um 20 Prozent reduziert. Wir haben erreicht, dass diese Regelung nicht für ganz Deutschland gelten soll, sondern nur in den sogenannten roten Gebieten. Wenn jetzt noch eine Binnendifferenzierung unter einer gerechten Beachtung des Verursacherprinzips hinzukommt, dann, glaube ich, wird das Ganze noch passgenauer werden.

Aber ich will ganz deutlich sagen: Wir sollten nicht, auch wenn es in die Argumentation passt, den Leuten Angst machen und so tun, als hätten wir hier in Deutschland Ernährungsprobleme. Weltweit hungern über 800 Millionen Menschen; das stimmt. 2 Milliarden Menschen sind mangelernährt. Aber ich glaube nicht, dass das alles zu regeln sein wird, wenn wir zu einer Reduzierung um 20 Prozent kommen. Ich hätte sie auch gerne verhindert. Sie kennen alle Argumente, und Sie kennen alle Schritte, um die es geht. Aber man sollte das bitte nicht missbrauchen, und man sollte nicht mit den Ängsten der Bürger spielen, um so deren Zustimmung zu bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

- (B) So, ich habe die Frage und die Antwort zugelassen, auch wenn es keine Nachfrage zur Ursprungsfrage war. – Die nächste Frage stellt der Abgeordnete Dr. Gero Hocker.

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Frau Ministerin, vor einigen Monaten hat ja ein großangelegter Dialogprozess begonnen; Anfang Dezember ist das gewesen. Die Auftaktveranstaltung hat im Kanzleramt stattgefunden. Das Wesen dieses Dialogprozesses wurde seinerzeit so angekündigt, dass er ergebnisoffen und auf Augenhöhe erfolgen solle. Ich sage ausdrücklich, dass ich das damals sehr gelobt habe, weil ich es bis zum heutigen Tage richtig finde, dass man mit den Betroffenen spricht anstatt nur über sie.

Aber jetzt sind drei Monate ins Land gegangen. Deswegen möchte ich von Ihnen gerne wissen, welche konkreten Hinweise Sie im Rahmen dieses Dialogprozesses während der letzten Monate erhalten haben, die auch ganz konkret und unmittelbar in die Novellierung der Düngeverordnung eingeflossen sind, die von Ihrem Haus in wenigen Tagen vorgelegt werden wird.

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Ich bedanke mich sehr.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Aber nicht so lange!)

(C) Die FDP hat sich sehr auf dieses Thema konzentriert. Da dachte ich, dass Sie dann auch schon wissen, was Eingang in die Novellierung gefunden hat. Aber gerne nehme ich Ihre Frage zum Anlass, um etwas zum Thema Binnendifferenzierung zu sagen – worüber ich sehr, sehr froh bin.

Die Binnendifferenzierung war schon 2017 möglich. Sie wissen, dass die Länder, in denen die FDP an der Regierung beteiligt ist, die Binnendifferenzierung nicht vorgenommen haben, was ich bis heute nicht nachvollziehen kann.

Wir haben – das ist der Wunsch der Landwirte gewesen, und es ist im Übrigen auch wissenschaftlich sinnvoll – ganz klar gesagt: Ja, wir wollen verursachergerecht vorgehen und die Messstellen plausibel errichten. Vor allen Dingen soll das Ganze bundeseinheitlich sein. Diese Idee haben wir aufgenommen. Sie hat Eingang in unseren Vorschlag zur Verschärfung der Düngeverordnung gefunden. Das heißt, dass aus einer Kannregelung eine Mussregelung wird. Demnächst wird eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe tagen, die ein halbes Jahr Zeit hat, die Kriterien zu entwickeln. Die Länder haben die Chance – ich hoffe, dass sie es machen –, sich vorab mit ihren Landwirten vor Ort konkret abzusprechen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur Nachfrage.

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

(D) Vielen Dank für die Antwort. – Verehrte Frau Ministerin, meine Frage ist nicht gewesen, was angeblich die FDP versäumt hat, sondern, welche Hinweise aus diesem Dialogprozess von Ihnen aufgenommen wurden und eingeflossen sind.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Hat sie gerade ausgeführt!)

Ich möchte deswegen ganz ausdrücklich nachfragen, wie Sie es vor dem Hintergrund der Antwort, die Sie eben gegeben haben, verhindern wollen, dass die Landwirte, die sich auf den Weg nach Berlin gemacht und an dem Dialogprozess teilgenommen haben, diesen Dialogprozess nicht als schlichte Farce wahrnehmen, um sie ruhigzustellen, und überhaupt keine Chance haben, dass tatsächlich fachliche Expertise mit in die vorgesehene Düngeverordnung aufgenommen wird.

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Ich sehe einen Post von Ihnen, wo Sie etwas von uns Vorgesehenes als Schweigegegeld abtun. Ein solches Wort lehne ich ab, muss ich sagen, Herr Hocker. Aber jeder macht es ja, wie er möchte.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Genau, das ist ein anderes Thema!)

Ich will Ihnen deutlich sagen: Wir haben in diesen Tagen – das bezieht sich auf alles, auf das gesamte Agrarpaket – zum Beispiel einen runden Tisch zum Thema Insektenschutz gehabt. Viele Hinweise haben wir aufgenommen. Es liegt ja noch gar kein Gesetz auf dem Tisch.

Bundesministerin Julia Klöckner

- (A) Das war ein sehr guter Dialog, an dem im Übrigen Landwirte, die unterschiedliche Arten von Landwirtschaft betreiben, teilgenommen haben – das ist gut –, darunter auch Bauern, die sich an Demonstrationen in Berlin beteiligt haben. Wir laden sie ein und nehmen Rückmeldungen auf – das halte ich für richtig und wichtig –, genauso wie bei der Diskussion über die Gemeinsame Agrarpolitik.

Aber Sie haben meine erste Antwort nicht verstanden. Das hatte überhaupt nichts mit der FDP zu tun, als ich darauf verwies, die Binnendifferenzierung aufzunehmen und für eine Bundeseinheitlichkeit zu sorgen. Das ist das, was die Landwirte, die hier demonstrieren, gefordert haben. Ich finde diese Forderung richtig, weil sie sachlich, fachlich und wissenschaftlich begründet ist.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Frage stellt die Kollegin Katharina Landgraf.

Katharina Landgraf (CDU/CSU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Frau Bundesministerin, liebe Frau Klöckner, mal ein anderes Thema: Welche Chancen zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung sehen Sie in intelligenten Verpackungen, und hat Ihr Haus auch Aufträge für Forschung und Entwicklung gegeben, um intelligente Verpackungen zu entwickeln? Gibt es auch digitale Lösungen, um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden?

- (B) **Julia Klöckner**, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Lebensmittelverschwendung ist ein wichtiges Thema, weil es um Ressourcenschonung sowie auch um Wertschätzung von Lebensmitteln und derer, die sie herstellen und produzieren, geht. – Ja, das tun wir. Wir sehen, dass Lebensmittel sehr häufig schon weggeworfen werden, wenn das Mindesthaltbarkeitsdatum erreicht wurde. Aber das Mindesthaltbarkeitsdatum ist nicht das Verfallsdatum. Wir können aber nicht auf alle Produkte das individuelle Verfallsdatum drucken, weil das zum Beispiel von der Kühlkette, vom Lichteinfluss usw. abhängt. Deshalb gibt es sogenannte intelligente Verpackungen – eigentlich sind die Menschen intelligent, die diese Verpackungen entwickeln –, in denen Sensoren sind. Zum Beispiel wird anhand der Gase, die sich entwickeln, wenn Fleisch verdirbt, mit kleinen Sensoren gemessen, in welchem Zustand sich das Produkt befindet. Wenn das Mindesthaltbarkeitsdatum erreicht ist, aber das Produkt noch gut ist, wird dem Verbraucher angezeigt: Du kannst es genießen und brauchst es nicht wegzuschmeißen.

Wir geben dafür auch Geld aus. Wir investieren Geld in die Entwicklung dieser Technik, aber auch zum Beispiel in Plattformen, die dazu dienen, vor Ort Tafeln und Stellen, die Nahrungsmittel abgeben, zusammenzubringen, oder über digitale Lösungen und Algorithmen ermitteln, wann Bäcker wie viel am besten noch bestellen, wenn ein Wochenende bevorsteht. Wir schauen also, wie wir Abgeber und Abnehmer über digitale Plattformen zusammenbringen können.

Vizepräsidentin Petra Pau:

(C) Sie haben die Möglichkeit zur Nachfrage, und die Ministerin zur Antwort. Wenn Sie in der Zeit bleiben, können wir kollegial noch eine Frage aufrufen.

Katharina Landgraf (CDU/CSU):

Ich beeile mich sehr. – Wie können also wir alle ein adäquates Programm gestalten, um die einzelnen Zielgruppen in unserer Bevölkerung durch Verbraucherbildung dazu zu bewegen, weniger Lebensmittel zu verschwenden?

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Es gibt mehrere Sektoren. Wir haben das in fünf bzw. sechs Sektoren eingeteilt. Das fängt zum Beispiel auf dem Acker, bei der Produktion und bei der verarbeitenden Ernährungsindustrie an. Dann geht es weiter mit Außer-Haus-Verpflegung, Gastronomie und Handel. Dann kommen die Verbraucherinnen und Verbraucher. Der Menge nach werden die meisten Lebensmittel in Privathaushalten entsorgt. Das kennt man auch selbst. Obst und Gemüse werden zum Beispiel am meisten entsorgt.

Deshalb ist es wichtig, dass wir unseren Bundeswettbewerb, der vor allen Dingen Produkte für die Endverbraucher adressiert, noch stärker in die Breite führen. Wir haben vonseiten der Bundesregierung eine sehr erfolgreiche App, die Beste-Reste-App. Mit ihrer Hilfe wird aufgezeigt, wie man mit Resten noch gutes Essen oder sogar ein Menü zubereiten kann.

(D) Der zweite Punkt ist, dass wir in den Schulen und dort, wo Kinder groß werden, dafür sorgen, dass sie mitbekommen, wie wichtig Lebensmittel sind, aber auch, dass man dann, wenn ein Apfel ein bisschen angeplatzt ist, ihn nicht ganz wegwerfen muss etc.

Weiter geht es damit, dass wir uns jetzt dem Sektor der Privathaushalte zuwenden und so versuchen, da zu Lösungen zu kommen, und dann auch miteinander besprochen werden: Was können wir dem Verbraucher und sogar der KMK mit an die Hand geben?

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Frage stellt die Kollegin Renate Künast, sobald sie sich zu einem Mikrofon begeben hat.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man durfte schon nicht mehr damit rechnen, noch dranzukommen!)

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Ministerin, Sie haben ja viel über die Zukunft der Landwirtschaft geredet. Bei den meisten Demos, die ich kenne, geht es nicht um Digitalisierung, sondern um Tierhaltung zum Beispiel oder um das Thema Klima. Ich will mich auf das Thema Tierhaltung konzentrieren.

Sie haben die sogenannte Borchert-Kommission, also das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung, einberufen. Der Bericht liegt vor. Meine Frage ist: Was passiert denn nun konkret? Ich habe von Ihnen gehört oder irgendwo gelesen, dass Sie dazu wohl eine Machbarkeitsstudie

Renate Künast

- (A) durchführen wollen. Ich hatte mir eigentlich gewünscht und würde gerne wissen, ob Sie die Chance dazu sehen, dass wir in dieser Legislaturperiode auch hier im Bundestag die Vorschläge der Borchert-Kommission, die ich schon einmal ganz interessant finde, diskutieren und vielleicht da auch zu Beschlüssen kommen, die zu einer umfassenden Veränderung führen. Das sehe ich im Augenblick in zeitlicher Hinsicht nicht. Ich mache mir deshalb Sorgen; denn wenn wir in dieser Legislaturperiode zum Beispiel nichts Übergreifendes hinbekommen, dann wird alles, was Sie jetzt machen, falls Sie noch etwas machen, in der nächsten Legislaturperiode sowieso nicht gelten, weil wir da eine andere Regierungskonstellation haben werden. Aber die Bauern brauchen eine Perspektive, gerade in der Tierhaltung. Was soll jetzt also konkret passieren, und zwar breit?

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Danke für Ihre Frage. Das ist eine wichtige Frage. Ich habe die Borchert-Kommission ganz bewusst eingesetzt, auch mit einer sehr breiten gesellschaftlichen Beteiligung. Da geht es um Tierhalter, da geht es aber auch um NGOs etc.; sie alle waren dabei. Ich bin dankbar für die Arbeit aller Beteiligten.

Den Vorschlag der Borchert-Kommission halte ich für sehr substanzreich. Dieser Vorschlag beinhaltet in der Tat nichts weniger als einen Umbau unserer Nutztierhaltung. Er anerkennt aber auch etwas, was lange Zeit nicht anerkannt worden ist, nämlich dass mehr Tierwohl auch mehr Geld kostet und dass die Bauernfamilie den teuren Umbau von Ställen nicht alleine tragen kann. Deshalb ist die eine Frage: Wie viel sind uns Lebensmittel wert?

(B)

Eine andere Frage wird sein: Ist zum Beispiel eine Tierwohlabgabe, die in einen Fonds geht, aus dem dann Tierhalter per Antrag Zuschüsse erhalten, um ihren Stall umzubauen, europarechtlich möglich? Diese Frage müssen wir prüfen. Deshalb sind wir jetzt schon mit der Europäischen Kommission im Gespräch, um das prüfen zu lassen, was die Borchert-Kommission vorgeschlagen hat.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Frau Ministerin.

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Ich bin mit dem Vorsitzenden des Agrarausschusses, Alois Gerig, im Gespräch, dass wir mit Herrn Borchert fraktionsübergreifend im Ausschuss über den Vorschlag reden. Ich wünsche mir auch, dass wir parteiübergreifend, fraktionsübergreifend hier zumindest die ersten Schritte hin zu einer Nutztierhaltung gehen, die nicht nur ökologisch und ökonomisch nachhaltig ist, sondern die auch von allen mitgetragen wird.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kurze Nachfrage?

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Ja. – Wenn wir wirklich die Standards anheben wollen, volle Transparenz für die Kunden zum Beispiel bei allen tierischen Erzeugnissen schaffen wollen, dafür eine Finanzierung auf die Beine stellen wollen und dies breit wollen, müssten wir ja mal bald anfangen. Da weiß ich nicht, wie Ihr Zeitplan ist. Die Borchert-Kommission ist ja schön. Ich hätte noch ein paar Verbesserungsvorschläge. Deshalb frage ich Sie: Wann könnte man damit anfangen?

Ich frage auch danach, weil es ja noch Folgedebatten gibt. Zum Beispiel ist da das Thema Klima überhaupt nicht eingerechnet. Die Landwirtschaft kann aber nicht bis 2040 das Thema Klima bei Tierhaltung ignorieren. Also haben wir doch einen Zeitdruck, das jetzt hier zu machen, vielleicht auch außerhalb des engen Zeitrahmens eines Ausschusses, in dem jeder mal 2,5 Minuten reden darf. Dieses Vorgehen halte ich, ehrlich gesagt, nicht für das richtige Instrument.

Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft:

Also, zunächst einmal halte ich einen parlamentarischen Ausschuss für ein demokratisch legitimes Gremium,

(Beifall bei der CDU/CSU)

und wenn dieses jemand nicht achtet, kann ich wenig dazu sagen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich nicht gesagt!)

(D)

Ich selbst bin keine Parlamentarierin. Deshalb halte ich einen Ausschuss immer für sehr achtenswert und notwendig.

Zweiter Punkt. Wenn Sie all das und wnoch mehr wie etwa den Klimaschutz just in diese Frage der Nutztierhaltung zusätzlich hineinpacken, was es sowieso schon aufgrund der TA Luft etc. gibt, dann, glaube ich, laden Sie das so auf, dass man überhaupt nicht mehr zu einer Lösung kommen kann. Deshalb sage ich ganz klar: Wir müssen das, was jetzt auf dem Tisch liegt, ernst nehmen.

Wenn Ihnen das nicht schnell genug geht – das ist Ihnen in der vorvergangenen Sitzungswoche vorgelegt worden – und wenn Sie auch kein Interesse daran haben, dass das europarechtlich geprüft wird, dann kann ich dazu nur sagen: Okay, Oppositionssichtweise. – Aus Regierungssicht brauche ich, wenn ich etwas unterstütze, auch die Klarheit,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie doch längst!)

dass wir bei einem Umbau, der europarechtlich zumindest einige Fragen aufwirft, nicht in eine falsche Richtung laufen. Eine Frage lautet zum Beispiel, ob aus diesem Fonds beispielsweise auch Tierhalter bezahlt werden, die im Ausland produziert haben, aber in unseren Markt importieren bzw. zu uns exportieren. Das alles hat auch etwas mit Ernsthaftigkeit zu tun und nicht mit einer schnellen Schlagzeile, Frau Künast.

Bundesministerin Julia Klöckner

(A) (Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich beende die Befragung und danke der Bundesministerin.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Fragestunde

Drucksache 19/17408

Die mündlichen Fragen auf Drucksache 19/17408 werden in der üblichen Reihenfolge aufgerufen.

Ich rufe den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung auf. Zur Beantwortung steht der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Michael Meister bereit.

Wir beginnen mit der Frage 1 der Abgeordneten Daniela Kluckert:

Welche Konsequenzen zieht die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek, aus den Zahlen des D21-Digital-Index 2019/2020, die belegen, dass insbesondere Menschen mit niedrigerer Bildung und ältere Menschen sowie Frauen einen geringeren Digitalisierungsgrad vorweisen (https://initiatived21.de/app/uploads/2020/02/d21_index2019_2020.pdf, Seite 35 bis 41)?

Bitte, Herr Staatssekretär.

Dr. Michael Meister, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung:

(B) Frau Präsidentin! Frau Kollegin Kluckert, der Befund, dass insbesondere Menschen mit niedrigerer Bildung und ältere Menschen sowie Frauen einen vergleichsweise geringeren Digitalisierungsgrad vorweisen, ist ein wichtiger Indikator für die zukünftige Ausrichtung von Maßnahmen der Bundesregierung zur Gestaltung des digitalen Wandels. Der digitalen Bildung im Zusammenhang mit lebensbegleitendem Lernen wird dabei eine Schlüsselrolle zukommen. Digitale Technologien haben das Potenzial, grundsätzlich mehr Menschen die Teilhabe an Weiterbildung zu ermöglichen bzw. zu erleichtern und Weiterbildung noch stärker an individuellen Bedarfen auszurichten. Mit diesem Ziel wird beispielsweise das Bundesministerium für Bildung und Forschung in Kürze den Innovationswettbewerb INVITE „Digitale Plattform Berufliche Weiterbildung“ starten.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur ersten Nachfrage.

Daniela Kluckert (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatssekretär, diesen Digitalisierungsindex, nach dem ich gefragt habe, gibt es bereits seit 2013. Wir sehen, dass sich seitdem nicht besonders viel getan hat. 2013 hatten wir 51 von 100 Punkten, jetzt haben wir 52 von 100 Punkten. Es hat also eine marginale Steigerung der Digitalisierungskompetenz der deutschen Bevölkerung gegeben. Bei Frauen und bei älteren Personen hat sich konkret überhaupt nichts getan. Deswegen noch mal meine Frage: Was wird denn jetzt für genau diese Digitalisierungskompetenz getan, die so wichtig ist, um den Menschen Chancen zu

geben und es Menschen im ländlichen Raum zu ermöglichen, dort alt zu werden? Was tut die Bundesregierung dafür, dass der Grad der Digitalisierungskompetenz beim nächsten Mal besser ausfällt als in den vergangenen Jahren? (C)

Dr. Michael Meister, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Frau Kollegin Kluckert, zunächst einmal der Hinweis, dass wir bei dem Digitalisierungsindex ein sehr differenziertes Bild haben. Wir haben eine relativ hohe Affinität zum Digitalen im Bereich der jungen Generation – sie liegt bei dieser Bevölkerungsgruppe bei nahezu drei Vierteln –, und wir haben Probleme bei den Älteren. Allerdings möchte ich darauf hinweisen, dass seit der letzten Erhebung auch bei den älteren Menschen, also den über 65-Jährigen, dieser Index um fünf Punkte angestiegen ist. Wir haben ein ähnliches Missverhältnis zwischen Frauen und Männern; und wir haben ein Missverhältnis zwischen denen, die sich beruflich in Leitungspositionen befinden, und denen, die nicht in Beschäftigung sind.

Deshalb werden wir die Maßnahmen der Bundesregierung genau an den Punkten, die ich eben genannt habe, ausrichten. Wir versuchen, Digitalisierung im Bereich der Frauen voranzubringen. Wir haben Maßnahmen ergriffen, um die Teilhabe älterer Menschen voranzubringen. Wir wollen auch versuchen, Menschen, die nicht in Beschäftigung sind, für die Digitalisierung zu erreichen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Sie haben das Wort zur zweiten Nachfrage. (D)

Daniela Kluckert (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatssekretär, noch mal: Affinität zu Digitalisierung bedeutet ja nicht gleichzeitig Kompetenzen; da sind wir uns, glaube ich, einig. Es ist wichtig, dass die Herausforderungen der Digitalisierung, die von den Menschen in Deutschland, gerade auch von älteren Menschen im Hinblick auf lebenslanges Lernen und von Frauen, zu stemmen sind, angegangen werden und dass die Menschen dabei Unterstützung erfahren.

Wenn Sie sagen: „Der Index ist angestiegen“, kann ich dem eigentlich nur widersprechen. Wir sind im Moment – das hatte ich schon gesagt – immer noch bei knapp über 50 Punkten. Wir haben also von 2013 bis heute eine Steigerung um 0,7 Punkte. Deswegen noch mal die Frage: Was tun Sie konkret, damit alle Menschen in Deutschland die Chance der Digitalisierung wahrnehmen können und hier Kompetenzen erreichen, insbesondere ältere Menschen und Frauen?

Dr. Michael Meister, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Wir haben zum Beispiel über die Kollegen aus dem Familienministerium seit 2017 die Servicestelle „Digitalisierung und Bildung für ältere Menschen“ eingerichtet. Wir haben dort insbesondere die Themen „Alter und Digitalisierung“ und „Bildung im und für das Alter“ aufgerufen. Eine weitere zentrale Säule an dieser Stelle ist die Internetplattform www.wissensdurstig.de, mit der wir